



Bilanz 2002 bis 2005 von Monika Griefahn MdB

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 1998 vertrete ich als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete den Landkreis Harburg im Deutschen Bundestag. 2002 gewann ich im neu gebildeten Bundestagswahlkreis „Soltau-Fallingb.-Winsen L.“ das Direktmandat. Zum Wahlkreis gehören jetzt der Landkreis Harburg (ohne die Elbmarsch, Hanstedt und Salzhausen) und der Landkreis Soltau-Fallingb.-Winsen L. (ohne Munster, demnächst auch ohne Wietzenried).

Viele erfolgreiche Reformprojekte hat die rot-grüne Parlamentsmehrheit zusammen mit der Bundesregierung auf den Weg gebracht. Über alle diese Politikschwerpunkte informieren Bundesregierung, Ministerien und SPD-Bundestagsfraktion in den Medien, in Broschüren und mit ihren Internetangeboten.

Daneben möchte ich heute eine persönliche Bilanz meiner Arbeit von 2002 bis 2005 ziehen.

Ich möchte gerne auch in Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis als Ansprechpartnerin und Vertreterin der Interessen der Menschen vor Ort da sein und eine Stimme unserer Region in Berlin sein.

Ich bitte Sie deshalb um Ihr Vertrauen und stehe für Fragen immer gerne zur Verfügung.

Ihre

P.S.: Bitte besuchen Sie auch meine Internetseite unter <http://www.monika-griefahn.de>, die viele weiterführende Informationen bietet.

Arbeit im Wahlkreis

Bürgeranfragen

Zu allen Themen der Bundespolitik erreichen mich zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis. In vielen Einzelfällen bin ich selbst aktiv geworden und habe mich mit den zuständigen Behörden auseinandergesetzt. Spezielle Anliegen wurden an die Fachleute in der SPD-Bundestagsfraktion zur Beantwortung weitergeleitet. In einigen Fällen konnte konkret geholfen werden, in anderen Fällen weiterführende Informationen vermittelt werden.

Bürgersprechstunden

Im Wahlkreis habe ich zahlreiche Bürgersprechstunden abgehalten. Interessierte Bürgerinnen haben so die Möglichkeit, ihre persönlichen Anliegen direkt vorzutragen. Die Bürgersprechstunden wurden jeweils über die Lokalpresse angekündigt und waren zumeist sehr gut besucht.

Neben Informationswünschen zu aktuellen politischen Fragen sind es insbesondere persönliche Probleme im Umgang mit Ämtern und Behörden, die im Vordergrund stehen. Von besonderem Interesse waren für die Bürgerinnen und Bürger vor allem die Themen Arbeitslosigkeit, Gesundheitspolitik, Rente, Beamtenbesoldung, soziale Sicherung im weiteren Sinne, Einbürgerung und Ausländerpolitik, Natur- und Umweltschutz, Deichsicherheit sowie Verkehrspolitik.

Bürgerbüro Lkr. Harburg und Büro Lkr. Soltau-Fallingb.-Winsen L.

Auch außerhalb der Bürgersprechstunden bin ich über meine Mitarbeiter zu erreichen: im Büro Lkr. Soltau-Fallingb.-Winsen L.

Gunda Ströbele Ansprechpartnerin, im Bürgerbüro Lkr. Harburg Matthias Westermann.

Die Büros verstehen sich als Serviceeinrichtung für alle Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für alle SPD-Mitglieder. Ich bitte darum, alle mich betreffenden Anfragen zu Terminen, Informationsmaterial an meine Wahlkreismitarbeiter zu richten, weil ich während der Sitzungswochen des Bundestags in Berlin bin (ca. 22 - 24 Wochen im Jahr), viele auswärtige Termine wahrzunehmen habe und deshalb privat nur schwer erreichbar bin.

Internetangebot www.monika-griefahn.de

Seit März 2000 sind in meinem Internetangebot unter der Adresse www.monika-griefahn.de bzw. www.griefahn.de zahlreiche Informationen über meine Arbeit abzurufen. Das Internetangebot wird laufend aktualisiert und immer intensiver genutzt.

Ein Special zur Bundestagswahl 2005 informiert in Kürze aktuell über Veranstaltungen und Termine sowie interessante Links.

In den Rubriken finden sich weiterhin aktuelle Themenartikel zu Berliner Themen (u.a. meine Arbeit in den Ausschüssen) und Wahlkreisthemen, Termine, Biografisches zu meiner Person, Informationen zum Bürgerbüro und Wahlkreisbüro, alle Pressemitteilungen und thematische Kolumnen.

Die Landkreis Info Box, eine Datenbank mit 2700 Adressen von Vereinen und Verbänden im Landkreis Harburg, kann online abgefragt werden. Auf meiner Homepage kann ein kostenloser Newsletter mit Veranstaltungshinweisen und den aktuellen Pressemitteilungen heruntergeladen und auch abonniert werden.

Eine umfangreiche und nützliche Linksammlung enthält mehr als

Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Felix Falk, Renate Mantzke
Platz der Republik, 11011 Berlin
Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus
Tel: (030) 227-72425 / 26
Fax: (030) 227-70125
Email: monika.griefahn@bundestag.de

Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann
Brauhausstraße 1,
21423 Winsen/Luhe
Tel: (04171) 780171
Fax: (04171) 780172
Email: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Büro Lkr. Soltau-Fallingb.-Winsen L.

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele
Uppen Drom 19,
29643 Neuenkirchen
Tel: (05195) 5050
Fax: (05195) 5052
Email: sfa@monika-griefahn.de

1.000 überregionale und regionale Links und bietet das umfangreichste Linkangebot für nicht-kommerzielle Webseiten aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb.ostel.

Bei einem Vergleichstest aller Webangebote von Bundestagsabgeordneten belegte die Webseite immerhin Platz 23 von 564 (MdB-Webtest 2004 vom 23.9. 2004, www.politikerscreen.de).

Berlinfahrten

Die Nachfrage nach Berlinfahrten von Einzelpersonen, Schulklassen und anderen Gruppen ist nach wie vor sehr groß und kaum zu befriedigen. Dies liegt insbesondere an der Attraktivität der Hauptstadt Berlin.

Jährlich steht mir über das Bundespresse- und Informationsamt ein Kontingent von 100 Plätzen für zwei- bis dreitägige Berlinfahrten zur Verfügung. Außerdem wird für maximal 200 Personen vom Bundestag ein anteiliger Fahrtkostenzuschuss gewährt. Von diesen 200 Personen können 100 Personen einen Informationsvortrag im Reichstagsgebäude über die Arbeitsweise des Parlaments wahrnehmen, weitere 100 Personen können an einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages teilnehmen.

Insgesamt wurden seit September 1998 Fahrten für über 4.000 Personen organisiert oder betreut. Weiterhin wurden zahlreiche Besuchergruppen außerhalb der o.g. Kontingente betreut.

Grundsätzlich können sich alle Bürgerinnen und Bürger, die im Wahlkreis wohnen, auf die in den beiden Wahlkreisbüros geführte Warteliste setzen lassen und werden dann vor einer anstehenden Fahrt schriftlich benachrichtigt.

Familie Griefahns Sommertour und Sommerfest

Seit 1998 habe ich jedes Jahr gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen „Monika Griefahns Sommertour“ durchgeführt, bei der ich mit dem Fahrrad oder dem Fahrradmobil und den jeweiligen SPD-Ortsvereinen durch den ganzen Wahlkreis geradelt bin und viel von den Sehenswür-

digkeiten und Einrichtungen der Landkreise Harburg und Soltau-Fallingb.ostel kennen gelernt habe. Neben Radtouren stehen auch Veranstaltungen, Betriebsbesichtigungen und Gespräche auf dem Programm. Wichtig ist mir immer, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

2005 findet die Radtour voraussichtlich vom 12. bis 30. August statt.

Große Resonanz hat in jedem Jahr auch „Familie Griefahns Sommerfest“. Im Rahmen der Sommertour habe ich seit 1998 stets zu einem Grillfest mit einem Kulturprogramm eingeladen, das Gelegenheit zum Klönen und geselligen Beisammensein gibt. In diesem Jahr ist das Fest am 20. August 2005.

Präsenz vor Ort

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages ist es mir nicht möglich, Termine im Wahlkreis wahrzunehmen. Deswegen ist es mir in der sitzungsfreien Zeit umso wichtiger, vor Ort Präsenz zu zeigen. Nur so kann ich die Verbindung zu den SPD-Ortsvereinen, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, den Firmen und Organisationen aufrechterhalten; nur so kann ich erfahren, was in meinem Wahlkreis vor sich geht und was wichtig für die Menschen ist. Dies ist bei meinem weitläufigen Wahlkreis aufgrund der Fahrzeiten nicht ganz einfach!

Ich freue mich immer wieder über die gute Verbindung zu meiner „Basis“, über die vielen Informationen und die herzliche Aufnahme, die ich erfahre. Nicht nur die Arbeit für meinen Wahlkreis, sondern besonders die Arbeit in meinem Wahlkreis macht mir viel Freude.

Informationen ... Informationen ...

Wichtig ist mir die Information der Bürgerinnen und Bürger und der SPD-Gremien vor Ort. Ich komme immer gerne zu Versammlungen, um über aktuelle Entwicklungen in Berlin zu berichten. Bei den Gesetzesvorhaben der Bundesregierung gibt es viele offene Fragen vor Ort, die ich gern beantworte.

Über meine Wahlkreisbüros erreichen mich viele Anfragen aus der Bevölkerung, um deren Klärung ich mich bemühe. Einige

Fragen und Vorgänge können schnell geklärt werden, bei komplizierteren Sachverhalten, die mit Klärungsbedarf bei Behörden verbunden sind, kann es auch einmal etwas länger dauern.

Ich habe auch weiterhin für Anfragen immer ein offenes Ohr. Es ist ebenso wichtig für mich, dass ich z.B. über Probleme mit der Umsetzung von Gesetzen vor Ort informiert werde, denn diese Informationen kann ich in die Fraktionsarbeit mit einbringen und auch bei Ministerien auf Probleme hinweisen.

Manchmal habe ich auch „Unterstützung“ von Fachleuten mit in meinen Wahlkreis gebracht, z.B. bei Veranstaltungen wie „Fraktion vor Ort“ gemeinsam mit anderen Bundestagsabgeordneten. Ich habe selber Informationsveranstaltungen durchgeführt, aber auch gemeinsam mit SPD-Ortsvereinen, den SPD-Unterbezirken oder Arbeitsgemeinschaften.

Hier möchte ich als Beispiele an Informationsveranstaltungen zur Umsetzung von Hartz IV oder zur Gesundheitsreform erinnern, zum Thema Tourismus oder zur Mittelstandsförderung. Die Reihe ließe sich noch weiter fortführen. In der Rückschau auf Termine im Rahmen meiner Arbeitsbilanz können noch einige Erinnerungen aufgefrischt werden.

Einige Themen der Wahlkreisarbeit

Detaillierte Informationen über aktuelle Themen der Wahlkreisarbeit sind ständig im Internet zu erhalten:

<http://www.monika-griefahn.de/>

Der neue Bundesverkehrswegeplan

Verkehrspolitik ist das Bohren dicker Bretter. Von der Planung bis zur Finanzierung und Realisierung eines Verkehrsprojekts ist es oftmals ein weiter Weg. Gleichwohl habe ich viel für meinen Wahlkreis erreicht. Während in der Ära Kohl bis 1998 die Verkehrsinvestitionen schwermütig nach Bayern und Baden-Württemberg geflossen sind, kommt nun unter der rot-grünen Bundesregierung endlich auch mal der Norden zu seinem Recht.

Der 2003 verabschiedete neue Bundesverkehrswegeplan verbessert nachhaltig die Verkehrsinfrastruktur. Besonders der an Verkehrsadern reiche Norden meines Wahlkreises, der Landkreis Harburg, profitiert davon. Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument für den Zeitraum bis 2015, jedoch kein Finanzierungsplan oder -programm. Es muss also jeweils noch die konkrete Planung des Projekts (z.B. durch ein Planfeststellungsverfahren) und die Finanzierung aus dem Bundeshaushalt erfolgen.

Gute Chancen auf Umsetzung haben damit die Maßnahmen des sog. „Vordringlichen Bedarfs“ des Bundesverkehrswegeplanes, weniger Chancen dagegen Maßnahmen des „Weiteren Bedarfs“.

Bei den Schienenprojekten ist insbesondere das 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg zu nennen, für das bereits die Planung auf Hochtouren läuft und das im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes abgesichert ist. Man rechnet mit Projektkosten für das 3. Gleis in Höhe von 229,6 Millionen Euro.



Nachfolgend sind jeweils genannt die in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Straßenverkehrsprojekte in meinem Wahlkreis, die Länge in km und die geschätzten Kosten ab 2003 in Mio. €.

In den **Vordringlichen Bedarf** des BVWP wurden aufgenommen:

- 6-streifiger Ausbau der A 1, AD Buchholz – W AS Rade [6,0 km, 18,7 Mio. €]
- 6-streifiger Ausbau der A 1, W AS Rade – AS Heidenau [18,2 km, 51,5 Mio. €]
- 6-streifiger Ausbau der A 1, AS Heidenau – AS Sittensen [9,5 km, 32,4 Mio. €]
- A 26, SO Stade (B 73) – Horneburg [11,7 km, 102,9 Mio. €]

- A 26, Anbindung der B 3 an die A 26 [3,7 km, 10,1 Mio. €]
- A 26, Horneburg – NO Buxtehude (K 40) [9,8 km, 120,2 Mio. €]
- A 26, NO Buxtehude (K 49) – Rübke [5,0 km, 61,4 Mio. €]
- A 26, Rübke – Moorburg (A 7) [7,5 km, 115,5 Mio. €]
- A 39 Wolfsburg (B 188) – Lüneburg (1.BA Uelzen - Lüneburg) [30,0 km, 200,0 Mio. €]
- A 39 Wolfsburg – Lüneburg (2.BA Uelzen - Wolfsburg) [50,0 km, 237,0 Mio. €]
- B 75, Ortsumgehung Dibbersen [3,6km, 13,3 Mio. €]

In den **Weiteren Bedarf** des BVWP wurden aufgenommen:

- A 1, Lgr. HH / NI – Horster Dreieck (A 7) (= 8-streifiger Ausbau der A 1) [7,3 km, 77,8 Mio. €]
- A 1, Horster Dreieck – AD Buchholz (= 6-streifiger Ausbau der A 1) [11,4km, 49,8 Mio. €]
- A 7, AS Soltau/O – AD Walsrode [30,0 km, 137,7 Mio. €]
- A 7, AD Walsrode – AD Hannover/N (= 8-streifiger Ausbau der A 7) [29,1 km, 133,7 Mio. €]
- A 21, Ostumfahrung HH (Lgr. SH/NI – A 250 = 4-streifiger Neubau der A 21 entlang der B 404-Trasse) [13,1 km, 87,5 Mio. €]
- B 3, Ortsumgehung Elstorf [5,0 km, 9,9 Mio. €]
- B 75, Ortsumgehung Tostedt / Wistedt [5,8 km, 12,9 Mio. €]
- B 209, Ortsumgehung Walsrode [6,1 km, 11,4 Mio. €]
- B 209, Ortsumgehung Rethem [2,7 km, 11,3 Mio. €]

Modernisierung der Bahnhöfe

Die Modernisierung zahlreicher Bahnhöfe mit dem Programm „Niedersachsen ist am Zug!“ verbessert die Attraktivität des Bahnverkehrs.

Im Jahre 2004 investierten der Bund, das Land Niedersachsen und die Deutsche Bahn AG rund 4,1 Millionen Euro in die Verschönerung von Bahnhöfen. Davon profitieren auch die Bahnhöfe vor Ort: Für 2004 waren im Landkreis Harburg Maßnahmen vorgesehen für Handeloh, Holm-Seppensen, Meckelfeld, Sprötze, Suerhop und Winsen (Luhe). Im Landkreis Soltau-Fallingb. waren Maßnahmen vorgesehen für Dorfmark, Fallingb., Hadenstorf, Hodenhagen, Schne-

verdingen, Walsrode und Wintermoor. Davon stammen rund 3,1 Millionen Euro aus Bundesmitteln, die über das Land Niedersachsen von der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) vergeben werden.

Niedersachsen und die Deutsche Bahn AG haben Mitte Juli 2004 einen Vertrag über ein neues Bahnhofsprogramm „Niedersachsen ist am Zug!“ unterzeichnet. Es sieht Investitionen in Höhe von 85 Millionen Euro vor. Rund 60 Millionen Euro davon werden aus Regionalisierungsmitteln finanziert, die der Bund dem Land zweckgebunden zur Verfügung stellt. Damit wird der Start für eine umfassende Modernisierung von weiteren 32 Bahnhöfen gegeben, die bis 2007 abgeschlossen sein soll. Profitieren werden hiervon auch die Bahnhöfe Buchholz (Nordheide) und Tostedt.

Die umfassende Modernisierung von Bahnhöfen in Niedersachsen unter dem Titel „Niedersachsen ist am Zug!“ wurde übrigens noch von der alten SPD-geführten Landesregierung im Jahre 2001 mit dem „Niedersächsischen Nahverkehrsprogramm 2001 bis 2005“ angeschoben.

Bildung und Betreuung

Entscheidend für die Zukunft unseres Landes sind eine bessere Bildung und Betreuung. Dies fängt schon in der Kindertagesstätte an und setzt sich dann in der Schule fort.

Der Bund hat ein Ganztagschulprogramm aufgelegt, dessen Umsetzung auf vollen Touren läuft. 4 Milliarden Euro stellt der Bund für Investitionen zur Schaffung zusätzlicher Ganztagschulplätze in den Jahren 2003 bis 2007 zur Verfügung.

Eltern, Lehrer und Schüler spüren deutlich, dass sich etwas tut in unserem Land. Und sie beteiligen sich aktiv an der Neugestaltung ihrer Schule. Mitte dieses Jahres werden es schon insgesamt 3.000 Schulen sein, die von dem Programm profitiert haben - und das in allen 16 Ländern. Im Land Niedersachsen gibt es gegenwärtig 323 Ganztagschulen, zum Schuljahr 2005 / 2006 werden es weitere 130 sein.

Dabei geht es nicht allein um Baumaßnahmen, es geht vor allem um eine neue Qualität von Schule und Unterricht. Die Bundesregierung arbeitet jetzt gemeinsam mit den Ländern intensiv daran, dass diese neuen Ganztagsangebote die frühe und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellen. Es muss gemeinsames Anliegen von Bund und Ländern sein, die Bildungschancen von allen Kindern deutlich zu verbessern. Dies ist auch ein Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik! Alle Länder planen - nach ihren vorläufigen Vorhabenmeldungen - die vollständige Inanspruchnahme der Investitionsmittel des Bundes. Die Länder können die ihnen aus dem Ganztagschulprogramm jährlich zur Verfügung stehenden Mittel in die Folgejahre übertragen. Von den Investitionssummen für Maßnahmen an Ganztagschulen trägt der Bund bis zu 90 %, und nur rund 10 % verbleiben beim Schulträger.

Für den Landkreis Soltau-Fallingbostal für die Jahre 2004 bis 2006 an Fördermitteln bewilligt und zum Teil bereits „verbaut“ wurden 726.000 Euro für die Grund-, Haupt- und Realschule Neuenkirchen, 91.700 Euro für die Haupt- und Realschule Hodenhagen, 796.500 Euro für das Gymnasium und 564.700 Euro für das Schulzentrum in Munster, 31.500 Euro für die Haupt- und Realschule in Rethem, 2.767.900 für die KGS Schwarmstedt und 2.080.000 Euro für die gemeinsame Mensa von Haupt-, Realschule und Gymnasium Soltau. Für die Haupt- und Realschule Walsrode wurden 400.500 Euro bewilligt und für das Gymnasium Walsrode 377.600 Euro.

Weitere Mittel aus dem Ganztagschulprogramm wurden für die Jahre 2005 bis 2007 beantragt, entweder als Erst- oder Ergänzungsausstattung. Sie befinden sich in der A-Priorität des Landes Niedersachsen und es wird in Kürze mit einem Zuwendungsbescheid gerechnet. Dies sind 1.180.000 Euro für die Haupt- und Realschule Bad Fallingbostal, 585.000 Euro für die Haupt- und Realschule Bomlitz, 178.000 Euro für die Haupt- und Realschule Rethem, 38.000 Euro für die Haupt- und Realschule Hodenhagen und 1.755.000 Euro für die KGS Schneverdingen.

Weitere rund 5.867.000 Euro an ergänzenden Zuschüssen für die Ganztagschulen Haupt- und Realschule Walsrode sowie für Haupt- Realschule und Gymnasium Soltau wurden Anfang des Jahres 2005 vom Landkreis Soltau-Fallingbostal beantragt.

Ein Förderantrag der Freien Waldorfschule Benefeld wurde vom Land Niedersachsen bisher noch nicht berücksichtigt. Der Landkreis Soltau-Fallingbostal ist vorrangig dabei, Mensen für die Ganztagschulen zu schaffen, die durch die Bundeszuschüsse ermöglicht werden; in weiteren Anträgen geht es um Ergänzungsausstattungen für die Ganztagschulen, wie z.B. Sportübungseinheiten, Bücherei etc. Damit ist allein an den Landkreis Soltau-Fallingbostal nachzeitigem Stand für Maßnahmen an Ganztagschulen in den Jahren 2004 bis 2006 eine Fördersumme in Höhe von rund 7.836.000 Euro ausgezahlt worden, mit der Bewilligung weiterer rund 3.773.000 Euro für die Jahre 2005 bis 2007 wird in Kürze gerechnet und die Entscheidung über weitere rund 5.867.000 Euro an ergänzenden Mitteln steht noch aus. Eine Bilanz der Bundesmittel für Soltau-Fallingbostal, die sich durchaus sehen lassen kann! Der Landkreis Soltau-Fallingbostal zeigt ebenfalls, dass Ganztagschulen für ihn einen hohen Stellenwert haben, denn er ist bereit, 10 % der Investitionssummen trotz eines stark defizitären Haushaltes selber zu tragen.

Das Land Niedersachsen hat Ende Juni 2005 die Vorhabenplanung 2005 für das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" vorgelegt. Die nachfolgenden Angaben für den Landkreis Harburg beruhen überwiegend auf den Meldungen des Landes an den Bund zum Stichtag 30. Juni 2005. Vorgesehen bzw. schon bewilligt waren hier Mittel für folgende Schulen (in Klammern die Fördersummen 2004 bis 2007): Hauptschule Tostedt (75.000 Euro in 2004), Schule am Ilmer Barg (HS) Winsen (261.000 Euro in 2004), die Hauptschule Neu Wulmstorf (1.385.000 Euro in 2005), die Haupt- und Realschule Salzhaußen (1.350.000 Euro in 2005) und die Waldschule Buchholz i. d. Nordheide (848.000 Euro in 2005). Vom Land Niedersachsen abgelehnt oder noch nicht bewil-

ligt wurden die Anträge der Rudolf-Steiner-Schule Nordheide (= Waldorfschule Kakenstorf), der Haupt- und Realschule Hollenstedt und des Gymnasiums Winsen (Luhe). Damit entfällt auf den Landkreis Harburg nach derzeitigem Stand eine Fördersumme in Höhe von 3.919.000 Euro. Es hätte durchaus mehr sein können!

Die Beteiligung der Schulen ist sehr unterschiedlich. Während im Lkr. Soltau-Fallingbostal inzwischen alle Schulstandorte bis auf Bispingen an dem Programm teilnehmen, ist der Lkr. Harburg Schlusslicht bei den Ganztagschulen. Die Beteiligung der Schulen im Landkreis Harburg am Ganztagschulprogramm ist äußerst verhalten, die beantragten und gewährten Zuschüsse liegen deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Dies hat auch mit der rückschrittlichen Schulpolitik der CDU /FDP-Kreistagsmehrheit im Lkr. Harburg zu tun.

Die Arbeitsmarktreformen - ihre Umsetzung vor Ort

Die Arbeitsmarktreformen, häufig schlagwortartig als „Hartz IV“ bezeichnet, bringen eine umfassende Modernisierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbstätige zum neuen Arbeitslosengeld II ist nur ein Teilaspekt. „Fördern und Fordern“ heißt das Motto.

Noch ist es zu früh, eine Bilanz der Reformen zu ziehen. Häufig wird vergessen, dass wesentliche Teile der Reform erst zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten sind und in der Praxis erst mittel- und langfristig ihre Wirkung entfalten müssen.

Der Landkreis Soltau-Fallingbostal ist eine sog. „Optionskommune“ und hat die Arbeitsvermittlung in eigener Regie übernommen. Die ersten Erfahrungen sind hier sehr positiv.

Im Landkreis Harburg ist die Umsetzung der Reformen durch die Agentur für Arbeit noch nicht sehr weit gediehen. Die von der Bundesagentur für Arbeit und dem Landkreis Harburg zu bildende Arbeitsgemeinschaft (ARGE) ist noch im Aufbau befindlich. Noch fehlt in Teilen auch das

notwendige Personal. In Buchholz soll die Arbeit am 1.10.2005 aufgenommen werden, in Winsen am 1.12.2005. Der Verwaltungsrat soll ab dem 1.7.2005 seine Arbeit aufnehmen. In anderen Regionen arbeiten die ARGEN bereits seit Ende 2004.

Über den Stand der Umsetzung der Reform und einige aufgetretene Probleme habe ich Gespräche mit der Agentur für Arbeit Lüneburg, Buchholz, Winsen und Soltau sowie der Optionskommune Landkreis Soltau-Fallingb. geführt und werde das Thema auch weiterhin begleiten.

Buchpreisbindung – wichtig für den ländlichen Raum

Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien habe ich mich mehrfach und erfolgreich für den Erhalt der Buchpreisbindung eingesetzt. Mit dem Buchpreisbindungsgesetz wird das Buch nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Kulturgut gestärkt und die Vielfalt der Verlags- und Buchhandelslandschaft in Deutschland erhalten. Gerade für kleinere Verlage sowie Buchhandlungen in ländlichen Regionen ist das Gesetz eine wichtige Hilfe, um in der Konkurrenz zu großen Ketten und Buchhandlungen in den Ballungsräumen bestehen zu können. Die Buchpreisbindung trägt zum Erhalt der örtlichen Buchhandlungen bei.

Mit einer gesetzlichen Regelung, die die bisherige, von der EU unter kartellrechtlichen Gesichtspunkten kritisch betrachtete Preisbindung auf vertraglicher Grundlage ersetzt hat, wurde der Erhalt der Buchpreisbindung gesichert und zugleich EU-Konformität hergestellt. Die durchweg positive Resonanz von Seiten der Verleger, Autoren und Buchhändler bestätigt uns in unserer Politik.

Stärkung des Tourismus

Ich setze mich weiterhin insbesondere für die Stärkung von Tourismus und Naherholung ein. Gerade in der zum Teil strukturschwachen Heideregion ist der Tourismus eine wichtige Einkommensquelle. Das europäische Programm Leader + führt zu Verbesserungen vor Ort. Leader + fördert die „Kulturlandschaft

zentrale Lüneburger Heide“ und bezuschusst Maßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft, in der Kulturlandschaftspflege, im Tourismus und Regionalmanagement. Bei der Stärkung des Tourismus sind insbesondere auch die Kommunen und das Land Niedersachsen gefragt.

Krankenhäuser

Im Rahmen der Gesundheitsreform habe ich seinerzeit alle Krankenhäuser im Lkr. Harburg sowie das Heidekreis-Klinikum in Soltau besucht. Wichtiges Thema ist die Einführung der Fallkostenpauschalen im Krankenhausbereich. Ziel ist es, hier einerseits eine möglichst ortsnahe und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung sicherzustellen, andererseits durch mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem den Kostenanstieg zu bremsen und die Krankenversicherungsbeiträge nicht weiter steigen zu lassen. Kleinere Krankenhäuser, die sich nicht auf bestimmte Leistungen spezialisiert haben, sind möglicherweise auf Dauer nicht überlebensfähig. Private, bundesweit operierende Krankenhauskonzerne übernehmen derzeit landauf, landab kommunal getragene Krankenhäuser, und nicht in allen Fällen zum Nutzen von Patienten, Mitarbeitern und Kommunen.

Ich begrüße daher die Bemühungen von vier Landkreisen und sieben Kliniken durch den Zusammenschluss zum „Elbe-Heide-Krankenhausverbund“ zu neuen Organisationsformen und einer verbesserten regionalen Zusammenarbeit zu kommen. Mit dabei sind auch das Heidekreis-Klinikum GmbH im Lkr. SFA und die Krankenhaus Buchholz und Winsen GmbH im Lkr. Harburg.

Öffentliche Finanzen und Kommunalfinanzen

Die Situation der öffentlichen Haushalte bei Bund, Ländern und Gemeinden ist in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden. Etliche Haushalte sind verfassungswidrig. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die CDU / CSU / FDP-Vorgängerregierung die deutsche Wiedervereinigung falsch über hohe Neuverschuldung und die sozialen Sicherungssysteme finanziert hat. Bemühungen zum Subventionsabbau wurden vom CDU-dominierten Bundesrat verhindert.

Hinzu kommt, dass Deutschland immer stärker in einem globalen Standortwettbewerb steht, der auch die Steuersysteme einschließt und die Spielräume nationaler Haushalts- und Steuerpolitik begrenzt.

Trotz der eigenen Haushaltsnöte hat die Bundesregierung für Verbesserungen bei den Kommunalfinanzen gesorgt und eine Gemeindefinanzreform durchgeführt. Die Kommunen erhalten durch die Reform der Gewerbesteuer, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV), das Haushaltbegleitgesetz 2004 und die Koch-Steinbrück-Initiative mehr Geld.

Die Entlastungswirkung gibt das Bundesfinanzministerium wie folgt an: 1,78 Milliarden Euro (2004), 6,60 Mrd. Euro (2005), 7,01 Mrd. Euro (2006) und 7,26 Mrd. Euro (2007). Diese Entlastungen kommen nicht bei allen Kommunen gleichmäßig an; sie sind vielmehr bei der Gewerbesteuer und Hartz IV regional sehr unterschiedlich.

Da der Bund keine direkten Finanzbeziehungen zu den Kommunen aufbauen kann, ist das Land Niedersachsen gefragt, Gerechtigkeit über den kommunalen Finanzausgleich herzustellen. Die neue CDU-FDP-Landesregierung hat hier aber Entlastungen bei Hartz IV in Höhe von 50 Millionen Euro nicht an die Kommunen weitergegeben und zusätzlich den kommunalen Finanzausgleich willkürlich um 150 Millionen Euro gekürzt und die Finanzlage der Kommunen damit dramatisch verschärft. CDU, CSU und FDP haben mehrfach die Abschaffung der Gewerbesteuer gefordert, die für die Kommunen eine wichtige Einnahmequelle ist. Wie die Einnahmeausfälle der Kommunen kompensiert werden sollen, war nicht zu hören.

Wichtige einzelne Verkehrsprojekte in den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb.ostel

Im Norden meines Wahlkreises, dem Landkreis Harburg, gibt es durch die Nähe zum Ballungsraum Hamburg große Belastungen durch Verkehrsströme. Die Aufnahme einiger Strecken in den Bundesverkehrswegeplan belegt, dass hier dringend eingegriffen werden muss.

Wenn Bürgerinnen und Bürger in ihrem Heimatort wegen des starken Verkehrs nicht mehr die Bundesstraße überqueren können oder große Belastungen durch Lärm von Straße oder Schiene hinnehmen müssen, ist Abhilfe dringend erforderlich. Hierfür habe ich mich seit Beginn meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete intensiv eingesetzt und werde dieses Ziel auch weiter verfolgen.

■ B 75 neu Ortsumgehung Dibbersen

Als ein großes Problem im Straßennetz brennt vor allem den Buchholzern seit Jahren und Jahrzehnten das Thema „Ortsumgehung Dibbersen“ unter den Nägeln. Mit den Jahren wurde der Verkehrsstrom immer größer, der Verkehrsfluss immer zäher und die Situation immer unhaltbarer. Ich setze mich in enger Abstimmung mit den beteiligten Gemeinden für eine möglichst schnelle Umsetzung des Verkehrsprojekts ein.

Ich freue mich, dass die Ortsumgehung 2003 in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden konnte. Nun geht es noch darum, eine möglichst zeitnahe Finanzierung sicherzustellen. Ich bleibe bei dem Thema am Ball.

■ Das 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg

Die Eisenbahnstrecke Hamburg-Hannover gehört zu den meistbefahrenen Eisenbahnstrecken im Bundesgebiet. Neben der Strecke Hamburg-Bremen handelt es sich um eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen in Nord-Süd-Richtung. Die zunehmende Integration Skandinaviens in die EU wird zu einem weiter steigenden Verkehrsaufkommen führen. Die

Strecke hat auch Bedeutung als Hinterlandanbindung der Häfen.

Die Kapazitätsgrenze der Strecke Hamburg-Hannover ist seit langem erreicht. Verspätungen, Warten auf Überholung, und Schwierigkeiten bei der Fahrplannerstellung sind an der Tagesordnung. Insbesondere der Nahverkehr mit den Stadt- und Regionalexpresszügen leidet unter der Überlastung.

Deshalb habe ich mich seit 1998 intensiv um das 3. Gleis gekümmert. Über zwanzig Jahre lang wurde im Landkreis Harburg der Bau eines 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg dagegen nur diskutiert. So hatte z.B. die alte CDU/CSU/FDP-Bundesregierung das 3. Gleis nicht in den Bundesverkehrswegeplan 1992 aufgenommen und bis 1998 nichts für das Verkehrsprojekt unternommen.

Das 3. Gleis ist jetzt im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes 2003 enthalten; dies ist ein wichtiger Meilenstein für seine Verwirklichung. Ein konkreter Termin für den Planfeststellungsbeschluss ist zurzeit noch nicht benannt worden, doch es ist damit zu rechnen, dass die Verfahren im Laufe des Jahres 2005, spätestens aber 2006 abgeschlossen werden können. Auch insoweit ist das Projekt jetzt auf einem guten Weg.

Das 3. Gleis war dann zunächst nicht im Mittelfristigen Investitionsprogramm 2004 – 2008 des Bundesverkehrsministeriums enthalten, das im Sommer 2004 veröffentlicht wurde. Hintergrund waren weiterhin die Ausfälle bei der LKW-Maut.

Ich habe mich weiterhin unbeirrt für eine nachträgliche Aufnahme in das Mittelfristige Investitionsprogramm eingesetzt. Mit Erfolg: Grünes Licht für das 3. Gleis Stelle – Lüneburg gab Ende Mai 2005 der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe. Diese Entscheidung stand übrigens schon seit Mitte Mai, also auch schon vor Ankündigung der Neuwahlen, fest. Die Finanzierung des Verkehrsprojekts kann nun durch das 2-Milliarden-Euro-Verkehrsprogramm der Bundesregierung erfolgen.

■ HVV-Tarif im Landkreis Harburg eingeführt - Bald auch in SFA?

Im Bereich des Schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) gab es im Lkr. Harburg einige Verbesserungen.

Dies wurde auch machbar durch Mittel des Bundes, der auf hohem Niveau Geldmittel an die Länder gibt, die hiermit Nahverkehrsleistungen bestellen können.

So konnte der HVV-Tarif in der südlichen Metropolregion Hamburg realisiert werden. Zum Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2004 sind die südlich an Hamburg grenzenden niedersächsischen Landkreise Stade, Harburg und Lüneburg in das Verbundgebiet des HVV integriert worden – eine Jahrzehnte alte Forderung der der Landkreis-SPD sowie der SPD-Abgeordneten von Bund und Land.

Auch im Landkreis Soltau-Fallingb.ostel werden – dort wie im Landkreis Harburg auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion – jetzt Anstrengungen unternommen, in das günstige Tarifgebiet des HVV im Norden des Landkreises einbezogen zu werden. Im Süden des Landkreises SFA wird eine Erweiterung des Großraumtarifs Hannover angestrebt. Hier hat man mit dem günstigen Großraumtarif bis Schwarmstedt bereits gute Erfahrungen gemacht.

■ S-Bahn im südlichen Hamburger Umland für die Strecke Hamburg-Harburg – Stade

Seit Jahren engagieren wir SPD-Abgeordnete aus dem südlichen Hamburger Umland uns auch gemeinsam für eine bessere S-Bahn-Anbindung an die Metropole Hamburg. Angestrebt werden umsteigefreie Verbindungen im 20-Minuten-Takt im Berufsverkehr. Hieran werden wir weiter arbeiten.

Für die Baumaßnahmen an der Netz- und Stationsinfrastruktur müssen 54 Millionen Euro aufgewendet werden, die überwiegend aus den Finanzmitteln des Bundes nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert werden sollen. Im Landkreis Harburg profitiert Neu Wulmstorf von dieser S-Bahn-Linie.

■ Lärmschutz an Schienenstrecken und Autobahnen

Den Landkreis Harburg durchziehen zahlreiche Verkehrsadern, Autobahnen und Bahnstrecken. Wenn Hamburg als „Tor zur Welt“ bezeichnet wird, dann ist der südlich angrenzende Lkr. Harburg Niedersachsens „Tor zu Hamburg“. Die umfangreichen Verkehrsströme in Nord-Süd-Richtung, so auch der Güterfernverkehr und die Berufspendler, ballen sich an den „Nadelöhren“ Elbbrücken und Elbtunnel. Von dort aus fließt der Verkehr sternförmig entlang verschiedener Achsen in alle Richtungen – aber immer durch den Landkreis Harburg. Verkehr ist auch mit Umweltbelastungen und Lärmemissionen verbunden.

Ich habe mich daher mehrfach für Lärmschutz an Autobahnen eingesetzt. Durch die Einführung der LKW-Maut auf den Autobahnen ist es zu Verkehrsverlagerungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen gekommen. Ich habe mich dafür eingesetzt, die Mautpflicht auch auf weitere Bundesstraßen auszudehnen, um zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastungen durch „Mautflüchtlinge“ zu vermeiden. Es existieren hier zum Teil gesetzliche Grenzwerte; Verkehrslärm wird aber leider nicht immer vollständig zu vermeiden sein.

Der nachträgliche Lärmschutz an Schienenstrecken (sog. „Lärmsanierung“) ist im Lkr. Harburg ebenfalls wichtig. Seit 1998 stellt der Bund rund 51 Millionen Euro bundesweit jährlich bereit. Bis 1998 hat es – in der Regierungszeit von CDU/CSU und FDP – überhaupt keine Mittel für Lärmsanierung gegeben! Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Bund auch weiterhin Mittel für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung stellt. Der Nachholbedarf in Sachen Lärmsanierung ist allerdings so groß, dass die Umsetzung der dringlichsten Maßnahmen bundesweit sicher noch länger als ein Jahrzehnt brauchen wird.

Trotz der knappen Mittel ist es gelungen, sechs Streckenabschnitte aus dem Landkreis Harburg in der Gesamtkonzeption der Lärmsanierung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Stand: 12. Februar 2005) zu verankern. Zwei

Streckenabschnitte in Buchholz, zwei in Jesteburg und zwei in Stelle erhalten mittelfristig Lärmsanierungsmaßnahmen. Die erste Maßnahme in Jesteburg ist sogar schon erfolgreich umgesetzt; die Ortsmitte ist durch Lärmschutzwände jetzt deutlich lärmberuhigt.

■ Autobahnabfahrt Scharrl

Das Projekt „Autobahnabfahrt Scharrl“ habe ich bereits von meinem Vorgänger im Amt, Kurt Palis, übernommen. Wenn man vom Bohren dicker Bretter spricht, scheint dies hier eines der dicksten zu sein!

Die Kommunen in der Region des nördlichen Landkreises Soltau-Fallingb. sind sich einig in ihrem Bestreben, diesen zusätzlichen Autobahnzugang in der Nähe von Bispingen zu erreichen. Vom Bundesministerium für Verkehr hieß es lange Zeit, dass wegen der räumlichen Nähe zu Gunsten der Schaffung einer neuen Autobahnabfahrt die bisherige Abfahrt Bispingen aufgegeben werden müsste. Dies ist natürlich allein wegen der Gewerbeansiedlungen in der Nähe des Autobahnzugangs unmöglich. Hier habe ich durch Ortstermine versucht, ein Umdenken zu erreichen. Ich werde weiter daran arbeiten, hier zu einem Erfolg zu kommen.

■ Einsatz für den Erhalt des BAB-Zugangs Allertal

In der Zeit des Jahreswechsels 2003 / 2004 wurden besonders die Berufstätigen aus dem südlichen Bereich des Landkreises Soltau-Fallingb. aufgestreckt: Pläne zur Schließung des Autobahnzugangs über die rückwärtigen Bereiche der Tank und Rastanlagen Allertal wurden öffentlich diskutiert. Als Grund für die mögliche Schließung war von Seiten des Straßenbauamtes Verden die Einführung der Maut und die dann fehlende Zählstelle an dem inoffiziellen Zugang genannt worden.

Gemeinsam mit meinem SPD-Landtagskollegen Dieter Möhrmann habe ich alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf Bundes- und Landesebene genutzt, um eine Schließung des für die Region wichtigen Autobahnzugangs zu verhindern. Derzeit ist eine Schließung nicht mehr im Gespräch.

Einführung der Autobahnmaut für Lkw und ihre Folgen

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten läuft die Mauterhebung auf deutschen Autobahnen problemlos. Doch es haben sich in der Folge auf Bundes- und Landesstraßen Probleme durch Ausweichverkehr von „Mautflüchtlingen“ auf einigen Parallelstrecken zu Autobahnen ergeben – auch in meinem Wahlkreis.

Schon bei der Verabschiedung des Autobahnmautgesetzes war sich der Deutsche Bundestag bewusst, das es möglicherweise zu einem Ausweichverhalten von Lkw auf einigen Strecken kommt. Deshalb wurde bereits Anfang des Jahres 2003 festgelegt, mit Vorher-/Nachher-Vergleichen mögliche Verkehrsverlagerungen untersuchen zu lassen.

Meine Nachfragen bei Minister Stolpe haben ergeben, dass potentielle Ausweichrouten für schwere Lkw nur umfassend mit Hilfe von Modellsimulationen durchgeführt werden können. Um eine belastbare Datengrundlage für mögliche Verkehrsverlagerungen zu erhalten, wurde vom Bundesverkehrsministerium eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben. Hier sollen auf Basis von Modellrechnungen die Auswirkungen der Lkw-Maut, insbesondere die Größenordnung von möglichen Verkehrsverlagerungen zu Lasten bestimmter Räume, Städte und Gemeinden untersucht werden.

Parallel dazu werden mögliche Verlagerungseffekte auf Grundlage aktueller Verkehrsdaten untersucht. Hierzu werden die Daten aus automatischen Dauerzählstellen herangezogen. Die Verschiebung der Mauteinführung bis zum 1.1.2005 wurde genutzt, um die tatsächlichen Vorher-/Belastungsdaten zu erheben.

Die Zusammenführung der Daten und ihre Auswertung werden noch einige Zeit dauern, da Verkehrsdaten nach Einführung der Maut erst nach einer Eingewöhnungsphase im „eingeschwungenen Zustand“ aussagekräftig sind. Mit der Vorlage aussagekräftiger Ergebnisse wird im Herbst 2005 gerechnet.

Mich erreichen in dem Zusammenhang viele Forderungen nach Einführung einer Lkw-Maut auch für das nachgeordnete Straßennetz. Hier ist bereits bei der Verabschiedung des Autobahnmautgesetzes im §1 Abs. 4 die Ermächtigung zum Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung eingebaut worden.

Sollte es also auf bestimmten Strecken zu einer erheblichen Verlagerung von Güterverkehren kommen, kann unter bestimmten Bedingungen die Mautpflicht auf genau bezeichnete Abschnitte von Bundesstraßen ausgedehnt werden, wenn dies aus Sicherheitsgründen gerechtfertigt ist. Hier werde ich am Ball bleiben.

Schließung von Postfilialen

Probleme mit Postfilialen gibt es in meinem gesamten Wahlkreis. Während es im Landkreis Soltau-Fallingb. mehr darum geht, Nachfolgebetreiber für örtliche Postfilialen zu finden, sind einige Kommunen im Landkreis Harburg von Filialschließungen betroffen.

Im Zuge der Restrukturierung des Filialsystems der Deutschen Post AG werden bundesweit zahlreiche Partneragenturen und Filialen geschlossen. Betroffen davon sind auch etliche kleinere Partneragenturen im Landkreis Harburg. Ende letzten Jahres wurde bereits die Partnerfiliale in Winsen-Pattensen geschlossen. Weitere Filialschließungen für Rosengarten-Vahrendorf, Winsen-Rottorf, Marxen, Brackel und Wulfsen sind bereits angekündigt oder durchgeführt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Deutsche Post AG noch weitere Filialen schließen will. Aus diesem Grunde hatte ich alle hauptamtlichen Bürgermeister und Gemeindedirektoren des Landkreises Harburg zu einem Gespräch mit dem Politikbeauftragten der Deutschen Post für das Gebiet Hannover eingeladen.

In Jesteburg, Holm-Seppensen, Winsen-Rottorf und Ramelsloh/Ohlendorf (Seevetal) sucht die Post neue Filialbetreiber, in Winsen-Luhdorf soll eine neue Filiale eingerichtet werden.

Die Schließung von Postfilialen und Partneragenturen ist gerade in einem ländlich strukturierten Landkreis ein großes Problem.

Die Filialschließungen sind aber eine unternehmerische Entscheidung der Deutschen Post AG. Anfang 2008 kommt voraussichtlich das Ende des Postmonopols; der Postmarkt in Deutschland wird dann weitgehend liberalisiert sein. Man kann nicht einerseits wie CDU/CSU und FDP eine schnellere und immer weiter gehende Liberalisierung, Privatisierung und Wettbewerb fordern, andererseits dann beklagen, wenn die Deutsche Post unwirtschaftliche Filialen bzw. Partneragenturen schließt.

Aufgrund der geltenden Kriterien konnte ich keine Änderungen in der Filialpolitik der Deutschen Post erreichen. Mir war und ist aber wichtig, im Vorfeld weiterer Entscheidungen ab dem Jahr 2008 auf dem Filialsektor die Betroffenheit und die Auswirkungen vor Ort gegenüber der Deutschen Post AG zu dokumentieren.

Lokale Wirtschaft fördern

Mir ist es bei meiner Arbeit sehr wichtig, mit den Unternehmen in meinem Wahlkreis ins Gespräch zu kommen. Ich möchte sie mit ihren Stärken besser kennen lernen und sie dort unterstützen, wo es Probleme gibt. Deswegen nutze ich ganzjährig die sitzungsfreien Wochen auch für Firmenbesuche.

Erhalt der Zivildienstschule Buchholz

Nachdem es in der letzten Legislaturperiode gelungen ist, die Zivildienstschule Buchholz zu erhalten, werde ich mich auch weiterhin für ihren Erhalt einsetzen. Die Zukunft dieses Standortes ist allerdings nach wie vor abhängig von der Zukunft des Wehr- und Zivildienstes.

Unterstützung von Organisationen und Verbänden

Bei vielen Gelegenheiten konnte ich feststellen, dass in den Organisationen, Verbänden und zahlreichen Initiativen in meinem Wahlkreis sehr engagiert und überwiegend ehrenamtlich gearbeitet wird.

Ich bin immer gern zu Gesprächen bereit und helfe mit Rat und Tat, wenn es mir möglich ist. Mir ist es besonders wichtig, die

ehrenamtliche Arbeit in diesen Bereichen zu unterstützen.

Kinder und Jugend

Die Schaffung von Krippenplätzen für die Betreuung der unter Dreijährigen und die Schaffung von Ganztagschulen sind für mich nicht nur wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern ich sehe sie auch als wichtig in der Förderung von Kindern an. Daher werde ich für diese Einrichtungen, wo sich mir die Gelegenheit bietet.

Bei meiner Sommertour im Jahr 2004 lag der Schwerpunkt bei Besuchen unter dem Motto „Bildung und Betreuung“.

Gerne übernehme ich Patenschaften für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) des Bundestages, um Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen aus meinem Wahlkreis einen einjährigen Aufenthalt in den USA mit einem Bundestagsstipendium zu ermöglichen. US-Schülerinnen und – Schüler, die über das PPP-Programm in meinen Wahlkreis kommen, sowie ihre Gasteltern werden ebenfalls von mir betreut. Andere Austauschorganisationen unterstütze ich bei der Suche nach Quartieren in meinem Wahlkreis.

Auch für die Aktion „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages nutze ich regelmäßig die Gelegenheit, junge Menschen aus meinem Wahlkreis einmal für drei Tage in die „große“ Politik hineinschnuppern zu lassen.

Termine in Schulen nehme ich immer gerne wahr, um dort mit Jugendlichen politische Themen zu diskutieren. Fahrten von Schulklassen nach Berlin unterstütze ich im Rahmen meiner Möglichkeiten und biete auch eine Diskussion an, die dann meistens im Reichstag stattfindet.

Ich halte es für wichtig, junge Menschen an politische Themen heranzuführen, um ihr Interesse zu wecken.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung haben zahl-

reiche Maßnahmen ergriffen, um bürgerschaftliches Engagement in Vereinen zu fördern. Dazu zählen ein verbesserter Unfallversicherungsschutz ebenso wie die Steuerfreiheit der Übungsleiterpauschale. Mir ist die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort in meinem Wahlkreis sehr wichtig.

Bürgerpreis Landkreis Harburg

Um vorbildliches ehrenamtliches Engagement besonders hervorzuheben, habe ich 2004 gemeinsam mit dem örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten, dem Landkreis Harburg und der Sparkasse Harburg-Buxtehude den „Bürgerpreis Landkreis Harburg“ ins Leben gerufen. Anstoß war die bundesweite Initiative für Bürger-Engagement „für mich, für uns, für alle“. Der Preis wurde 2004 erstmals in den drei Kategorien „Projekt“, „Einzelperson“ und „Lebenswerk“ vergeben, dieses Jahr wird der Bürgerpreis am 4. Juli verliehen, und eine Fortsetzung 2006 ist bereits angedacht.

Bekämpfung des Rechts-extremismus

In der Bekämpfung des Rechts-extremismus darf nicht nachgelassen werden. Auch in Zukunft bleibt es wichtig, Zivilcourage zu beweisen und rechtsextremer Hetze aufrecht gegenüberzutreten. Als die NPD in Lüneburg mit Neonazis und Skinheads einen Aufmarsch veranstaltete, habe ich mich an der Gegendemonstration beteiligt.

Der von mir gegründete „Aktionskreis Gesicht zeigen! im Lkr. Harburg“ hat sich zum Ziel gesetzt, Flagge zu zeigen gegen Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Für den Landkreis Soltau-Fallingb. habe ich mich für das Jahr 2006 um eine Ausstellung des Bundesinnenministeriums zum Rechtsextremismus besonders bei jungen Menschen beworben.

Meine Wahlkreisbüros halten verschiedene Informationsschriften zum Thema Rechtsextremismus und rechtsextremistisches Liedgut bereit, die dort angefordert werden können.

Harburger Lernwelten

Die Harburger Lernwelten sind eine „Lernende Region“, das heißt ein Bildungsnetzwerk für Harburg Stadt und Land. Hier habe ich die Aufgabe der „Schirmfrau“ übernommen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert in enger Absprache mit den Ländern gegenwärtig 73 Lernende Regionen im Rahmen dieses Programms. Bis 2006 stehen für das Programm bundesweit insgesamt voraussichtlich rund 118 Mio. Euro zur Verfügung. 51 Mio. Euro stammen dabei aus dem Europäischen Sozialfonds. Seit 2002 mit dabei sind auch die Harburger Lernwelten. Mit seinen 32 Kooperationspartnern tragen die Harburger Lernwelten dazu bei, vorhandene Bildungsträger stärker zu vernetzen, das Aus- und Weiterbildungsangebot zu stärken und neue Akzente in der Bildungspolitik zu setzen. Ein wichtiges Teilprojekt ist z.B. die Qualifizierung von Berufsrückkehrerinnen für den Arbeitsmarkt.

Die Durchführungsphase der Harburger Lernwelten läuft, nach einer vorherigen einjährigen Planungsphase, vom 1. April 2003 bis zum 31. März 2007. Die Harburger Lernwelten werden vom Bund und der Europäischen Union mit insgesamt rund 1,4 Millionen Euro gefördert. Auch die zweite Phase des Projekts wurde jetzt vor kurzem bewilligt.

Den im zweiten Anlauf erfolgreichen Zuschussantrag des lokalen Projekts habe ich im Kontakt mit der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und dem damaligen Landesminister für Wissenschaft und Kultur, Thomas Oppermann (SPD), unterstützt.

Neues Fahrzeug für den THW-Ortsverband Stelle-Winsen

Das Bundesinnenministerium hat im Dezember 2003 beim THW-Ortsverband Bremen-Nord neun neue Einsatzfahrzeuge im Wert von rund 1,3 Millionen Euro an die THW-Ortsverbände im Länderverband Bremen/Niedersachsen übergeben. Im Landkreis Harburg profitierte davon der THW Ortsverband Stelle-Winsen, der mich bereits in der letzten

Legislaturperiode mit seinem Wunsch nach einem Fahrzeug angesprochen hat. Er hat jetzt einen Gerätekraftwagen erhalten, das wichtigste Element der Bergungsgruppen in den Technischen Zügen des THW.

Veranstaltungen und andere Aktivitäten im Landkreis Harburg

Im Rahmen meiner Wahlkreisarbeit habe ich zahlreiche Termine wahrgenommen. Dabei sind nachfolgend nur einige ausgewählte Aktivitäten genannt:

■ „Von Willy Brandt zu Gerhard Schröder“, Veranstaltung des SPD OV Winsen mit Mitgliedererhellung, Schlosskapelle Winsen (28.5.2002)

■ „Die Zukunft des Ehrenamts - Wege zur Stärkung des Bürger-schaftlichen Engagements“, SPD-Bundestagsfraktion vor Ort mit Michael Bürsch MdB, Böttcher's Gasthaus Nenndorf (29.5.2002)

■ „Innenpolitik“, Information und Diskussion zu den Themen Zuwanderungsgesetz und Innere Sicherheit mit Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern im Kartoffelkeller Neu Wulmstorf (am 30.5.2002)

■ Gastvortrag "Ökologische Neuausrichtung des Fortschritts - auch in den Entwicklungsländern" von Professor Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, SPD-Bundestagsabgeordneter, bei der Deutsch-Indischen Gesellschaft in Winsen (4.6.2002)

■ „Erneuerung und Zusammenhalt“, Bürgerforum zum Regierungsprogramm der SPD mit dem SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, Burg Seevetal (12.6.2002)

■ „Aktuelle Fragen der Landwirtschaftspolitik“, Veranstaltung mit dem Arbeitskreis interessierter Landwirte, mit Dr. Gerald Thalheim MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Böttcher's Gasthaus Nenndorf, zuvor Besuch Hof Cordes, Wesel (18.6.2002)

■ „21 Ziele für das 21. Jahrhundert“, Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung, Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21.

Jahrhundert, Vortrag und Diskussion mit Monika Griefahn MdB , , Dorfkrug Stelle (19.6.2002)

■ „Monika Griefahns Sommer-tour 2002“, Radtour im Lkr. Harburg (vom 11. bis 16.8.2002)

■ „Monika Griefahns Sommer-fest 2002“, Grill- und Gartenfest (16.8.2002)

■ „Wir in Deutschland.“ Talk mit Heide Simonis, Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, und Monika Griefahn MdB, im Land-art-Hotel in Buchholz (20.8.2002)

■ Tagesfahrt nach Berlin zum Wahlkampfauftritt mit Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Berliner Gendarmenmarkt (23.8.2002)

■ „Der Mensch im Mittelpunkt – eine gerechte Zukunft wählen“, Veranstaltung des DGB Region Nord-Ost-Niedersachsen am 28.8.2002 in Winsen

■ SPD-Sommerfest in Winsen (30.8.2002)

■ „Alte + Junge: Wie funktioniert der Generationenvertrag 2020 ?“ Veranstaltung mit der SPD AG 60 plus im Dorfhaus Maschen (5.9.2002)

■ „Impulse für den Arbeitsmarkt: Die Arbeit der Hartz-Kommission“, Diskussionsveranstaltung zum Arbeitsmarkt und zur Hartz-Kommission mit Jobst Fiedler, Unternehmensberater und Mitglied der Hartz-Kommission, Zum Meierhof Tostedt (5.9.2002)

■ „Das TV-Duell“, Politik im Kino, Live-Übertragung der Diskussion zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Herausforderer Edmund Stoiber, im Delhi-Center Buchholz (8.9.2002)

■ Verleihung des Ritterkreuzes, Ritter der französischen Ehrenlegion in Berlin (11.9.2002)

■ Busfahrt zum Wahlkampf-Endspurt mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in Hannover, mit umfangreichem Kulturprogramm mit der Gruppe 4more (mit Edo Zanki) und „Cosmopolitan“, in der Preussag-Arena, Hannover (19.9.2002)

■ SPD-Wahlparty am Wahlabend im Winsener Marstall (22.9.2002)

■ Teilnahme an Veranstaltungen mit Ministerpräsident Sigmar Gabriel am 4.12.2002 in Nenndorf sowie am 8.1.2003 in Winsen

■ SPD-Neujahrsempfang 2003 mit SPD-Generalsekretär Olaf Scholz im Alten Geidenhof, Hanstedt (19.1.2003)

■ Ortstermin und Fachgespräch mit Bundesverkehrsminister Dr. Manfred Stolpe zur B 75 neu Ortsumgehung Dibbersen in Dibbersen (24.1.2003)

■ „Die Menschen gewinnen. Sozialdemokraten in Verantwortung“, SPD-Unterbezirkskonferenz, Böttcher's Gasthaus Nenndorf (7.3.2003)

■ Teilnahme an Rosenverteilung des Ortsvereins Buchholz zum Weltfrauentag in der Buchholzer Innenstadt (8.3.2003)

■ Übergabe von mehr als 1000 Unterschriften gegen den Irak-Krieg, die Friedensinitiativen im Lkr. Harburg gesammelt haben, an Bundeskanzler Gerhard Schröder (13.3.2003)

■ AK Gesicht zeigen: „Können wir uns weniger Jugendarbeit leisten? - Perspektiven kommunal geförderter Jugendarbeit – Gespräch zu aktuellen Fragen der Jugendarbeit im Lkr. Harburg“, Veranstaltung in Rosengarten-Nenndorf (27.3.2003)

■ AK Gesicht zeigen: Zeitzeugenveranstaltung mit Kurt Goldstein in Tostedt (30.4.2003)

■ „Agenda 2010 - Wo steht die SPD nach dem Bundesparteitag ?“, Vortrag beim OV Neu Wulmstorf (19.6.2003)

■ Gespräch „Zwischenbilanz der Personal-Service-Agentur Buchholz“ (21.8.2003)

■ „Gesundheitsreform - Was bringt sie uns ?“, Veranstaltung zur Gesundheitspolitik mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk in Dibbersen (4.11.2003)

■ AK Gesicht zeigen: „Rechts-extremismus in Deutschland“, Vortrag und Diskussion mit Sebastian Edathy MdB in Rosengarten-Nenndorf (7.11.2003)

■ „Das Wichtige tun - Reformen für Deutschland“, Vortrag in Tostedt (27.11.2003)

■ SPD-Neujahrsempfang mit Bernd Lange MdEP in Hanstedt (18.1.2004)

■ Besuch des Krankenhauses Buchholz mit der Stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Gudrun Schaich-Walch (22.1.2004)

■ AK Gesicht zeigen: Zeitzeugenveranstaltung mit Fritz Bringmann in Buchholz (27.1.2004)

■ „Deutschland erneuern - die Reformen der SPD“, Diskussionsveranstaltung mit Ludwig Stiegler in Winsen (17.2.2004)

■ AK Gesicht zeigen: Unterstützung der Veranstaltung „Fachtagung: Rechtsextremismus im Internet - Die neue Gefahr“ in Tostedt (5.5.2004)

■ Initiierung und Verleihung des Bürgerpreises Landkreis Harburg 2004 für bürgerschaftliches Engagement (gemeinsam mit dem Landkreis Harburg, der Sparkasse Harburg-Buxtehude und Herrn Michael Grosse-Brömer MdB)

■ Vortrag auf der Programmwerkstatt „Herausforderungen für das Grundsatzprogramm der SPD“ des SPD-Bezirks Hannover in Springe (18./19.9.2004)

■ Ausstellung des Deutschen Bundestages in der Stadtbücherei Buchholz (4. – 8.10.2004)

■ Halbzeitaktion im Wahlkreis mit Infoständen und Äpfelverteilung (4. – 8.10.2004)

■ „Auf dem Weg zum aktiven Sozialstaat - die Hartz IV-Reformen“, Vortrag und Diskussion mit Monika Griefahn in Stelle (5.10.2004)

■ Teilnahme an Podiumsdiskussion der SPD AG 60 plus mit dem Thema: „Gesundheitsreform Patienten diskutieren mit Krankenkasse, Arzt und Politikerin“ in Tostedt (7.10.2004)

■ Präsentation der von mir initiierten gemeinnützigen CD „Welt-Klasse Klänge“ auf dem Ökohof Wennerstorf (2.11.2004)

■ „Deutschland – der Abstieg eines Superstars ?“, Lesung mit dem Spiegel-Redakteur Gabor Steingart in der Aula des Albert-Einstein-Gymnasiums Buchholz (2.11.2004)

■ Diskussion „Arbeitsmarktreformen“ mit den Landfrauen Lkr. Harburg (6.12.2004)

■ SPD-Neujahrsempfang mit Dr. Henning Voscherau, Hamburger Bürgermeister a.D., in Hanstedt (16.1.2005)

■ Programmforum des SPD-Unterbezirks „Arbeit – Bildung – Zukunft“ (26.2.2005)

■ UB-Parteitag UB Lkr. Harburg (2.4.2005)

■ Gespräch mit der Agentur für Arbeit Lüneburg (28.4.2005)

■ Besuch der Chemischen Fabrik Bock in Marschacht mit Erika Mann MdEP, Diskussion über Chemikalienrichtlinie REACH (29.4.2005)

■ Treffen mit Betriebsräten aus Buchholz (17.6.2005)

■ „Neues und Aktuelles aus dem Bundestag“, Vortrag vor dem SPD OV Winsen (17.6.2005)

■ „Bericht aus Berlin“, Vortrag vor dem SPD OV Buchholz (21.6.2005)

Neben den Veranstaltungen sind auch noch diverse Gespräche und Aktionen zu nennen:

Gespräch mit der Arbeitsagentur Lüneburg wegen der Umsetzung Hartz IV (6.12.2004), IG 3. Gleis Stelle w Lärmschutz (11.1.2005), Treffen mit Bürgermeistern und Vertretern der Deutsche Post AG zum Thema Schließung von Postfilialen (28.2.2005), Aktion „Zeitschriften in die Schulen“ u.a. an den BBS Buchholz (26.2.2004), Gespräche mit der Deutsch-Indischen Gesellschaft, den Harburger Lernwelten, AWO, DPWV, DMSG-Gruppe Winsen (Run for Help in Winsen), ADFC und vielen anderen Vereinen.

Veranstaltungen und andere Aktivitäten im Landkreis SFA

Nachfolgend sind einige ausgewählte Termine aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. aufgelistet:

■ „Perspektiven für den Heidetourismus - Chancen für Tourismusförderung und Tourismusmarketing in der Heideregion“, SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, im Camp Reinsehlen Hotel, Schneverdingen (21.5.2002)

■ „Aktiv für den Mittelstand“, SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, u.a. mit Dr. Ditmar Staffelt MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, in der Stadthalle Walsrode (17.6.2002)

■ Teilnahme an der Sommer-tour des Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel im Lkr. Soltau-Fallingb.: Vogelpark Walsrode, Waldzentrum Ehrhorn, Wilse-de (10.7.2002)

■ Ortstermin zur BAB-Abfahrt Scharl (SFA) mit der Parlamentarischen Staatssekretärin aus dem Bundesverkehrsministerium, Angelika Mertens MdB, und Kurt Palis MdB in Scharl (1.8.2002)

■ Umweltpreisverleihung in Schwarmstedt (1.8.2002)

■ „Monika Griefahns Sommer-tour 2002“, Radtour im Lkr. Soltau-Fallingb. (vom 5. bis 10.8.2002)

■ "Der Landkreis Soltau-Fallingb. im Bereich der Metropolregionen Hamburg - Bremen - Hannover: Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung" mit Dr. Henning Scherf, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, im Roten Bahnhof Soltau (2.9.2002)

■ „Innovationen auf dem Arbeitsmarkt - Die Vorschläge der Hartz-Kommission.“, Vortrag und Diskussion mit Gerd Andres MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, im Roten Bahnhof Soltau (3.9.2002)

■ Klavierabend mit Prof. Justus Frantz in Schwarmstedt (18.9.2002)

■ Teilnahme an Veranstaltungen mit Ministerpräsident Sigmar Gabriel in Bad Fallingb. (8.1.2003)

■ Teilnahme an der Freisprechungsfeier der Kreishandwerkerschaft Soltau-Fallingb., Heidmarkhalle Bad Fallingb. (22.2.2003)

■ Besuch Kunstverein & Stiftung Springhornhof, Neuenkirchen, zur Ausstellung „Out-Look Pilot“ 30.3.2003)

■ Gespräch mit dem Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wietendorf (28.4.2003)

■ Gespräch mit dem Verwaltungsausschuss der Stadt Schneverdingen (28.4.2003)

■ Eröffnung der Kunst-Vernissage bei Wolfgang Bunk, Munster (28.6.03)

■ Besuch des Gemeindefreien Bezirks Osterheide, Gespräch mit Hinrich Baumann, Oerbke (18.8.2003)

■ Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft gemeinsam mit Dieter Möhrmann, MdL, in Bad Fallingb. (18.8.2003)

■ Betriebsbesichtigung Fa. Dierking Beerenobst in Nienhagen (19.8.2003)

■ Informationsbesuch im Landschaftspark Iserhatsche, Bispin-gen (20.8.2003)

■ Firmenbesuch im Ing.-Büro Renk-Horstmann-Renk in Soltau (21.8.2003)

■ Gespräch mit ProFamilia, Soltau (21.8.2003)

■ Besuch beim Kunstverein Springhornhof in Neuenkirchen gemeinsam mit Hortensia Völkers, Bundeskulturstiftung (22.8.2003)

■ Gespräch bei der Stadt Soltau (2.12.2003)

■ Informationen zur Gesundheitsreform gemeinsam mit Gudrun Schaich-Walch: Gespräch mit Leitern von Altenheimen in Schneverdingen, Besuch des Heidekreis-Klinikums in Soltau, öffentliche Veranstaltung in Bad Fallingb.: „Gesundheitsreform – wie wirkt sie auf Patienten und Leistungserbringer?“ (22.1.2004)

■ Monika Griefahn vor Ort: Informationen über aktuelle Gesetzesentwicklungen, gemeinsam mit dem Unterbezirk SFA, Dorfmark (25.2.2004)

■ Diskussion mit Jugendlichen im Rahmen der „Woche der politischen Parteien“ in der BBS Walsrode (17.3.2004)

■ Teilnahme am SPD-Unterbezirksparteitag gemeinsam mit Franz Thönnies, MdB, Bad Fallingb. (27.3.2005)

■ Eröffnung Bundestags-Infomobil in Soltau gemeinsam mit M. Grosse-Brömer, MdB, und Bürgermeisterin Christa Erden (7.6.2004)

■ Informationsgespräch mit den Senioren der Gewerkschaft NGG zum Thema Rentenpolitik in Honnerdingen (10.6.2004)

■ Firmenbesuch bei Grube Forstgeräte KG, Bispin-gen-Hützel (18.8.2004)

■ Firmenbesuch bei Zimmerei Renken und Molkerei „Lünzener Käseschmiede“ in Lünzen (18.8.2004)

■ „Fraktion vor Ort“ gemeinsam mit Hedi Wegener MdB und Rainer Wend MdB, Informationen zu Hartz IV, Munster (25.8.2004)

■ Besuch der Wildtierstation in Lindwedel (26.8.2004)

■ Eröffnung der Kunstausstellung der Firma WIPAK im Industriepark, Bomlitz (27.8.2004)

■ Informationsveranstaltung bei der AG 60+ in Schwarmstedt (5.10.2004)

■ Teilnahme an Informations-veranstaltung des SPD-OV Walsrode mit Günter Danner, „Europäische Gesundheitssysteme im Vergleich“, Walsrode (1.11.2004)

■ Gespräch mit Jutta Soulis, Leiterin der Reha-Kliniken in Soltau und Bad Bodenteich, Reha-Klinik Soltau (7.12.2004)

■ Diskussion mit Jugendlichen in der KGS Schneverdingen: „Politikverdrossenheit und Demokratieverständnis“ (8.12.2004)

■ Teilnahme am Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks SFA, Bomlitz-Benefeld (30.1.2005)

- Informationsgespräch im Heide-Park Soltau (31.3.2005)
- Übergabe der Step 21-Box an die Felix-Nussbaum-Schule in Walsrode (31.3.2005)
- Informationsgespräch bei der Optionskommune Landkreis Soltau-Fallingb. über Hartz IV (31.3.2005)
- Besuch im Tierheim Hodenhagen (28.4.2005)
- Informationsgespräch im Schullandheim Schneverdingen gemeinsam mit Dieter Möhrmann, MdL (29.4.2005)
- Diskussion zur Europäischen Verfassung in der KGS Schneverdingen gemeinsam mit Erika Mann MdEP (29.4.2005)
- Teilnahme am Wahl der Arbeit des SPD-Unterbezirks SFA in Soltau (3. 5.2005)
- Gespräch in der Agentur für Arbeit in Soltau zum Thema Hartz IV gemeinsam mit Lars Klingbeil MdB (18.5.2005)

Arbeit in Berlin

Seit Beginn meiner Tätigkeit im Bundestag in Bonn und ab 1999 in Berlin bin ich Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Seit Juli 2000 bin ich Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien.

Darüber hinaus bin ich stellvertretende Vorsitzende der IPU-Delegation (Interparlamentarische Union), stellvertretendes Mitglied in der OSZE-Parlamentarierversammlung sowie Mitglied im Verwaltungsrat der Deutsche Welle, entsandt durch den Deutschen Bundestag.

Im Bundestag war meine Arbeit neben der Tatsache, dass ich mich um Themen des Wahlkreises, insbesondere Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Infrastruktur-, Bildungs- und Umweltpolitik gekümmert habe, besonders durch meine Tätigkeit als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und der Mitgliedschaft in den anderen Ausschüssen bestimmt. Außerdem engagiere ich mich auch außerhalb der Berliner Woche in der Bundesrepublik und im internationalen Zusammenhang. In meinem Berliner Büro bekomme ich auch Besuch von Parlamentariern aus aller Welt.

Als Sprecherin der SPD-Fraktion für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bin ich besonders mit den deutschen Schulen im Ausland, den Goethe-Instituten und dem wissenschaftlichen Austausch von Studenten zwischen deutschen und internationalen Universitäten befasst. So habe ich z.B. im letzten Jahr gemeinsam mit der Präsidentin des Goetheinstitutes einen Lesesaal in Pjöngjang in Nordkorea eröffnet. Dies ist der erste Schritt zum Westen und für die Studenten, die dort die Bücher und Internetangebote nutzen können, eine Möglichkeit, sich überhaupt mit anderen Themen zu beschäftigen als die, die vom Regime gegeben werden.

Ich war auch Mitglied einer Delegation, die als Vorhut vor den drei Außenministern von Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Teheran besucht hat, um mit der iranischen Regierung über Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Atomprogramm im Iran zu diskutieren und somit auch zu eruieren, inwieweit überhaupt Verhandlungsmöglichkeiten mit dem Iran bestehen.

Nach den großen Feierlichkeiten anlässlich des 40jährigen Bestehens des Elysée-Vertrags im Jahre 2003 in Versailles ist die erste deutsch-französische Arbeitsgruppe eingerichtet worden, bestehend aus je sechs Parlamentariern aus Deutschland und Frankreich, die gemeinsam einen Vorschlag über die Zukunft des deutsch-französischen Jugendwerks und möglicher europäischer Zusammenarbeit erarbeitet haben. Ich war als stellvertretende Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe ein wesentlicher Motor in dieser Gruppe, da ich auch selbst früher beim Deutsch-Französischen Jugendwerk Seminare geleitet habe.

Nach dem Anschlag auf New York am 11. September 2001 war für mich besonders bewegend, nach Kabul zu reisen und dort ein Goetheinstitut zu eröffnen und gleichzeitig unser Projekt „Mädchenschulen“ zu begleiten. Mit wie viel Engagement und Freude die Mädchen dort nach 6-jähriger Abstinenz die Schule besucht haben und welches Engagement auch die Helfer von Entwicklungsprojekten sowie unsere Bundeswehr in Kabul und Umge-

bung aufgebracht haben, war für mich sehr beeindruckend.

Als Ausschussvorsitzende bin ich natürlich auch von diversen Verbänden als Gastrednerin in der gesamten Bundesrepublik gefragt, so zum Beispiel beim Verband der Deutschen Musikschulen, bei der Musikmesse in Frankfurt, bei der Buchmesse in Frankfurt, bei den Medientagen in Leipzig und München und anderen Anlässen. Besonders engagiert habe ich mich in diesem Zusammenhang für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie für ein eigenständiges Standbein der Online-Nutzung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Das ist von Seiten der CDU/CSU, insbesondere von Stoiber, stark in Frage gestellt und angegriffen worden.

Ein wichtiger Punkt in der Sitzungswoche ist die Fraktionssitzung, in der immer viele Themen, die auch Euch im Wahlkreis interessieren, diskutiert werden. Intensiv debattiert haben wir natürlich den Bundesverkehrswegeplan, die Arbeitsmarktreform Hartz I-IV und das Alterseinkünftegesetz, die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, den Ausbildungspakt, das Berufsbildungsreformgesetz, die Umsetzung von Ganztagschulen, das Tagesbetreuungsbaugesetz, das Zuwanderungsgesetz, das Opferrechtsreformgesetz, die Erfüllung der Klimaschutzverpflichtung nach dem Kyoto-Protokoll, das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz, das Gentechnikneuordnungsgesetz, die Änderung des Autobahnmautgesetzes oder die Europäische Verfassung.

Parlamentarische Anträge

Anträge, Anfragen, Gesetzentwürfe, die von mir initiiert oder unterstützt wurden.

13.11.2002
Den Deutschen Musikrat stärken
- Optimierung des Sicherheits- und Notfallkonzeptes für Nord- und Ostsee

17.12.2002
Seeschiffahrtssicherheit verbessern – Ölkatastrophen vermeiden

18.12.2002
GATS- Verhandlungen – Bildung als öffentliches Gut und kulturelle Vielfalt sichern

12.03.2003
Keine Zustimmung zur Erhöhung der EURATOM Kreditlinie

17.03.2003
Die Bestimmungen der Post-Universaldienstleistungsverordnung verbraucherfreundlich durchsetzen

08.04.2003
Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien

08.04.2003
Initiative zur Gründung einer internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien (International Renewable Energy Agency – IRENA)

08.04.2003
Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien

03.06.2003
Die Qualitätsoffensive für gutes Planen und Bauen voranbringen

25.06.2003
50 Jahre Deutsche Welle – Zukunft und Modernisierung des Deutschen Auslandsrundfunks

26.06.2003
Sicherung eines fairen und nachhaltigen Handels durch eine umfassende entwicklungsorientierte Welthandelsrunde

24.09.2003
Sicherung von Standort und Know-how des deutschen Seeschiffbaus

24.09.2003
Deutsch als Arbeitssprache auf europäischer Ebene festigen – Verstärkte Förderung von Deutsch als erlernbare Sprache im Ausland

11.11.2003
Chancengleichheit in der globalen Informationsgesellschaft sichern – VN-Weltgipfel zum Erfolg führen

12.11.2003
Chancengleichheit in der globalen Informationsgesellschaft sichern – VN-Weltgipfel zum Erfolg führen

10.12.2003
Für eine OSZE – Antisemitismuskonferenz 2004 in Berlin

03.03.2004
Ausbau von Förderungsangeboten für Kinder und vielfältige Formen als zentraler Beitrag öffentlicher Mitverantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern

10.03.2004
Eine nachhaltige Chemiewirtschaft in Europa – Innovationen fördern, Umwelt und Gesundheit schützen und Verbraucherschutz stärken

24.03.2004
Aktionsplan zur UN- Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

10.03.2004
Auswärtige Kulturpolitik stärken

28.04.2004
Der 60. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 2005

05.05.2004
Schaffung eines internationalen Instruments zum Schutz der kulturellen Vielfalt unterstützen

27.05.2004
a) Auswärtige Kulturpolitik stärken
b) Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken

27.10.2004
Wettbewerb und Innovationsdynamik im Softwarebereich sichern- Patentierung von Computerprogrammen effektiv begrenzen

15.12.2004
Nationales Energieforschungsprogramm

15.12.2004
Für eine Selbstverpflichtung öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunksender zur Förderung von Vielfalt im Bereich von Pop- und Rockmusik in Deutschland

28.01.2005
Gelände um das Brandenburger Tor als Ort des Erinnerns an die Berliner Mauer, des Gedenkens an ihre Opfer und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung

16.02.2005
Maritimen Standort Deutschland stärken - Innovationskraft nutzen

23.02.2005
Verkehrssicherheit in der Seeschiffahrt verbessern - Alkoholmissbrauch konsequent bekämpfen

16.03.2005
Die vielfältigen Potenziale des Wirtschaftsfaktors Kulturtourismus weiter erschließen

16.03.2005
Stärkung der Künstlersozialversicherung

16.03.2005
Für eine zukunftsgerichtete Weiterführung der Lissabon-Strategie

20.04.2005
Die Zukunft unseres Landes sichern - Ein kindergerechtes Deutschland schaffen

18.05.2005
Eigenständiges Antragsrecht für die Kinderkommission des Deutschen Bundestages

Reden im Plenum des Deutschen Bundestages

19. April 2002
Auslandsrundfunk

14. Juni 2002
Buchpreisbindung

27. Juni 2002
Zukunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – zum Antrag „Parlamentarische Dimension und die Zukunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“

29. Oktober 2002
Kulturpolitik, Aussprache zur Regierungserklärung

29. Oktober 2002
Kulturpolitik, Aussprache zur Regierungserklärung

16. Januar 2003
40 Jahre Elysée-Vertrag

26. Juni 2003
50 Jahre Deutsche Welle

3. Juli 2003
Sicherung eines fairen und nachhaltigen Handels, WTO

26. November 2003
Einzelplan 05, Bundeshaushalt

12. März 2004
Berichte Auswärtige Kulturpolitik

17. Juni 2004
Änderung des Deutsche Welle Gesetzes

17. Juni 2004
Deutsch-Französisches Jugendwerk

23. September 2004
Kulturelle Vielfalt

28. Oktober 2004
Lesung Novelle Deutsche Welle-Gesetz

17. Dezember 2004
Selbstverpflichtung / Quote

24.02.2005
Bericht Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

11.03.2005
Pressekonzentration: Kooperations- und Fusionserleichterungen für Zeitungsverlage

02.06.2005
Zwischen- und Endlagerung radioaktiven Abfalls, Eignung von Gorleben